



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

25. August 2015

Nr. 2015-503 R-750-18 Postulat Alf Arnold Rosenkranz, Altdorf, zu Solarenergie auf öffentlichen Gebäuden; Antwort des Regierungsrats

1. Ausgangslage

Am 15. April 2015 reichte Landrat Alf Arnold Rosenkranz, Altdorf, mit Zweitunterzeichner Landrat Simon Stadler, Altdorf, ein Postulat für die Nutzung der Solarenergie auf kantonalen, vom Kanton Uri mitfinanzierten und gemeindeeigenen Gebäuden, ein. Mit dem parlamentarischen Vorstoss wird der Regierungsrat ersucht, einen Bericht zu erstellen, der insbesondere folgende Fragen klärt:

1. Welche kantonseigenen Gebäude im Verwaltungs- und Finanzvermögen und vom Kanton durch Subventionen mitfinanzierte Gebäude weisen bereits Solaranlagen auf? Wo wird die Sonnenenergie für die Wärmeerzeugung und wo für die Stromerzeugung genutzt?
2. Welche Gebäude (Dächer und Fassaden) könnten für die eine oder andere Solarenergie-Gewinnung (allenfalls mit Hybridanlagen) zusätzlich genutzt werden? Welches energetische Potenzial ergäbe sich daraus?
3. Mit welchen Kosten wäre zu rechnen und wie könnte die Finanzierung sichergestellt werden?
4. Sieht der Regierungsrat eine Möglichkeit, die Nutzung der erwähnten Liegenschaften als Basis für den Aufbau einer kantonalen Energiegesellschaft zu nutzen?
5. Könnte der Kanton Uri bei den Gemeinden als Energie-Contractor auftreten, um auch deren Gebäulichkeiten für die Energieerzeugung zu nutzen?

Laut einer Publikation der Agentur für Erneuerbare Energien Energieeffizienz können zwei Quadratmeter eines thermischen Solarkollektors den Warmwasserbedarf einer Person mehr als decken. Auf den am besten geeigneten Dach- und Fassadenflächen der Schweizer Gebäude liessen sich mit Solarzellen ein Drittel des heutigen Strombedarfs decken.

Der Kanton Uri bekennt sich in der Gesamtenergiestrategie 2008 zur Vision einer 2000-Watt-Gesellschaft. Gemäss dem Papier ergibt sich ein Einsparpotenzial von rund 6,5 GWh, wenn auch nur jedes zweite Gebäude mit Sonnenkollektoren ausgerüstet ist. Dies entspricht rund 33 Prozent des Energiebedarfs für das Warmwasser.

Im Jahr 2009 beschloss der Landrat auf Antrag des Regierungsrats die Überweisung der Motion Armin Braunwalder für ein 2000-Solardächer-Programm. Dem Kanton Uri kommt also eine Vorbildfunktion zu, wenn es darum geht, die Solarenergie zu nutzen.

2. Antwort des Regierungsrats

Wie das Postulat erwähnt, setzt sich die Gesamtenergiestrategie Uri die 2000-Watt-Gesellschaft zum Ziel. Die Strategie sieht darum unter anderem vor, den Anteil der erneuerbaren Energien ab dem Jahr 2008 bis 2020 von 5 auf 25 Prozent zu erhöhen und eine deutliche Verbesserung der Energieeffizienz zu erreichen. Der Regierungsrat hat für die Zielerreichung verschiedene Massnahmen vorgesehen, unter anderem zur Förderung von Sonnenergie.

Der Fokus wurde am Anfang auf thermische Solaranlagen gerichtet. Photovoltaikanlagen werden aber auch seit einiger Zeit vom Bund über die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) gefördert. Es zeigte sich, dass die Fördermittel des Bunds mit der steigenden Anzahl von Gesuchen nicht Schritt halten konnten. Um trotzdem einen Anreiz für die Installation von Photovoltaikanlagen zu setzen, entschied sich der Regierungsrat im Jahr 2012, die Installation dieser Anlagen über das kantonale Energieförderprogramm zu unterstützen.

Mit Blick auf das grosse, noch ungenutzte Potenzial erachtet der Regierungsrat das Anliegen des Postulats unterstützungswürdig und ganz im Sinne der Gesamtenergiestrategie Uri und der Energiestrategie des Bunds. Es macht Sinn, die Nutzung der noch ungenutzten Dachflächen auf öffentlichen Bauten für die Stromerzeugung oder bei einem grossen Warmwasserbedarf durch Sonnenkollektoren zu prüfen. Aus diesen Überlegungen ist der Regierungsrat bereit, die Möglichkeiten, das Potenzial und die Kosten für weitere Solaranlagen in einem Bericht detailliert aufzuzeigen. Der Bericht soll als Grundlage und in die langfristigen Gebäudeunterhalts- und Sanierungsmassnahmenpläne von Kanton und Gemeinden einfließen.

3. Empfehlung des Regierungsrats

Gestützt auf diese Erwägungen empfiehlt der Regierungsrat, das Postulat zu Solarenergie auf öffentlichen Gebäuden zu überweisen.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats (mit Postulatstext); Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Standeskanzlei; Amt für Energie; Direktionssekretariat Baudirektion und Baudirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats

Standeskanzlei Uri

Der Kanzleidirektor

